

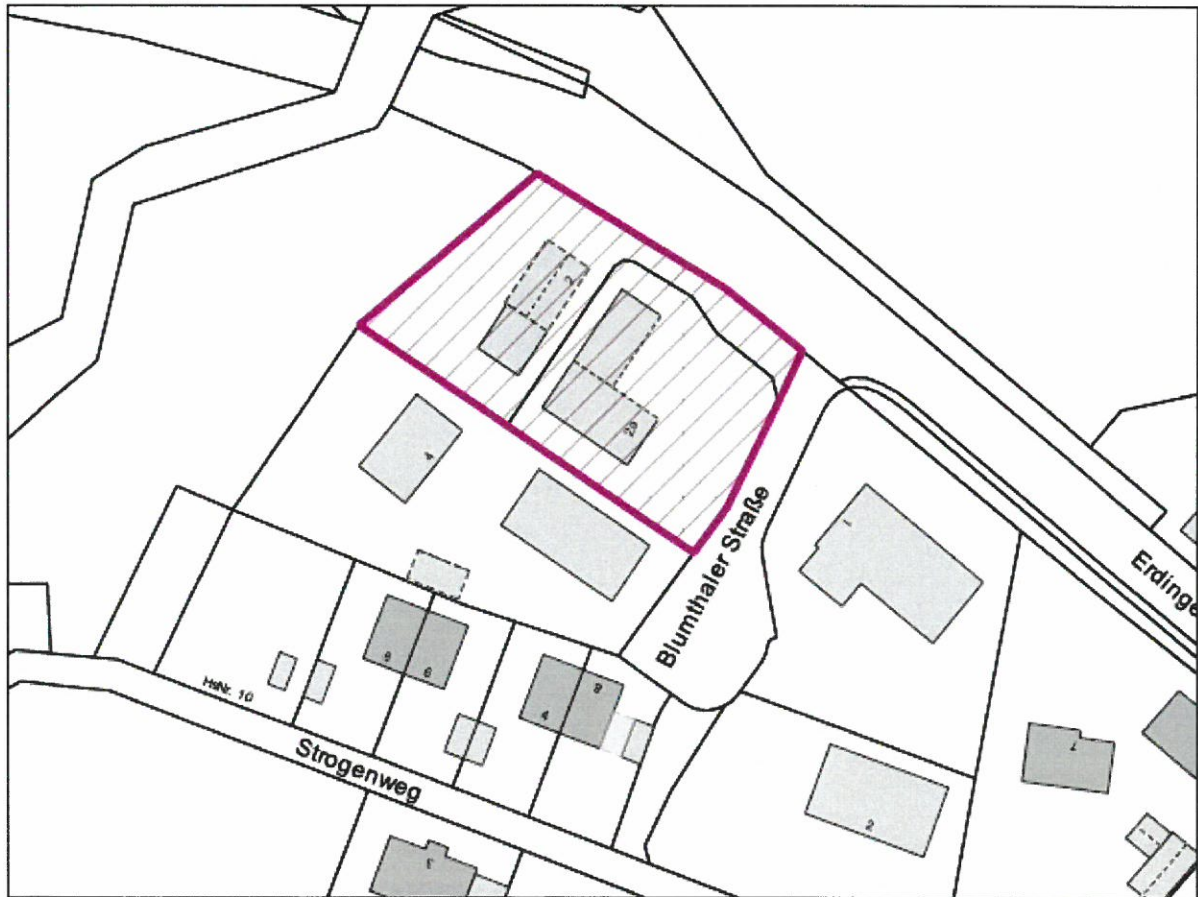
Bekanntmachung

der Erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1.9 „Mischgebiet Nord-West (südl. ED 14, nordwestl. Raiffeisenstraße)“

Der Gemeinderat Walpertskirchen hat in der Sitzung vom 12.10.2023 den Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1.9 „Mischgebiet Nord-West“ gebilligt. Die Gemeinde beabsichtigt, die Innenentwicklung auf bestehenden Bauflächen zu fördern und dadurch die Inanspruchnahme neuer Siedlungsflächen zu vermeiden. Dazu soll die bauliche Ausnutzbarkeit gegenüber der ursprünglichen Bebauungsplan-Festsetzung erhöht werden.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt. **Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sowie auf die Bereitstellung umweltbezogener Informationen gemäß § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird abgesehen.**

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst den Bereich der Grundstücke Flur-Nr. 181/1 und 181/13 der Gemarkung Walpertskirchen, ist Bestandteil des Beschlusses und ergibt sich aus dem nachfolgenden Lageplan.



Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1.9 „Mischgebiet Nord-West“ mit Begründung, sowie die FFH-Verträglichkeitsvorprüfung ist

von 08.11.2023 bis einschließlich 12.12.2023

auf der gemeindlichen Internet-Seite unter www.walpertskirchen.info Rubrik Aktuelle Nachrichten und Bekanntmachungen hinterlegt und über das zentrale Internetportal www.bauleitplanung.bayern.de zugänglich.

Zusätzlich liegen diese Unterlagen im Bauamt des Rathauses Hörlkofen, Erdinger Str. 8a, 85457 Wörth, Zimmer-Nr. 0.09, während der allgemeinen Dienststunden öffentlich aus.

Stellungnahmen können während dieser Veröffentlichungsfrist elektronisch übermittelt werden. Bei Bedarf können diese auch in Textform oder während der Dienststunden zur Niederschrift abgegeben werden.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1.9 „Mischgebiet Nord-West“ unberücksichtigt bleiben, wenn die Gemeinde den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans nicht von Bedeutung ist.

Stellungnahmen können nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Entwurfs abgeben werden (§ 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB).

Anmerkung: Die inhaltlichen Änderungen in der jetzt veröffentlichten Entwurfsplanung (Fassung vom 12.10.2023) aufgrund der ersten Beteiligung, sind zur Verdeutlichung textlich „rot“ dargestellt.

Datenschutz:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage der Art. 6 Abs. 1 Buchst. e (DSGVO) i. V. mit § 3 BauGB und dem BayDSG. Sofern Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Datenschutzrechtliche Informationspflichten im Bauleitplanverfahren“ das ebenfalls öffentlich ausliegt.

Hörlkofen, 30.10.2023


Franz Hörmann
Erster Bürgermeister



ortsüblich bekanntgemacht durch Aushang: angeschlagen am: abgenommen am:

Datenschutzrechtliche Informationspflichten im Bauleitplanverfahren nach Art. 13 und 14 DSGVO

1.1 Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Gemeinde Wörth
Bauamt
Erdinger Straße 8 A, 85457 Wörth
E-Mail: bauamt@vg-hoerlkofen.de
Tel.: 08122/ 97 59 -24 oder -44

1.2 Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Erding
Alois-Schießl-Platz 2, 85435 Erding
E-Mail: datenschutz@lra-ed.de
Tel.: 08122/ 58 -1008

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Verarbeitung der Daten erfolgt im Rahmen der Planungshoheit der Gemeinde zum Zwecke der Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und insbesondere zur Durchführung der **Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1.9 „Mischgebiet Nord-West (südl. ED 14, nordwestl. Raiffeisenstraße“**.

Im Rahmen dessen sind das Planerfordernis und die Auswirkungen der Planung zu ermitteln und die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen (§ 1 Abs. 3, 6 u. 7 BauGB). Dazu erfolgt eine Erhebung personenbezogener Daten, soweit dies zur Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange notwendig ist.

Die Erhebung erfolgt unter anderem durch die Gemeindeverwaltung oder im Auftrag der Gemeindeverwaltung durch Dritte, durch eingehende Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden im Rahmen der gesetzlich geforderten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen (§§3– 4c BauGB).

Die Verarbeitung von Adressdaten ist erforderlich, um der Pflicht zur Mitteilung des Abwägungsergebnisses nachzukommen.

Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO i. V. m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG sowie dem anzuwendenden Fachgesetz (BauGB).

3. Arten personenbezogener Daten

Folgende Daten werden verarbeitet:

- Vorname, Nachname, Adresse und sonstige Kontaktdaten
- Daten, die städtebaulich und bodenrechtlich relevant sind
- Daten, die im Rahmen von Stellungnahmen abgegeben wurden (sog. aufgedrängte Daten)

4. Empfänger

Personenbezogene Daten werden folgenden Empfängern übermittelt:

- Gemeinderat zur Beratung und Entscheidung über die Abwägung
- Höheren Verwaltungsbehörden zur Prüfung von Rechtsmängeln
- Gerichten zur Überprüfung der Wirksamkeit der Bauleitpläne
- Dritten, die in die Durchführung des Verfahrens im Auftrag der Gemeinde eingebunden sind

5. Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Die Gewährleistung eines Rechtsschutzes im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung erfordert die dauerhafte Speicherung personenbezogener Daten. Denn auch nach Ablauf der Fristen für die Erhebung einer Normenkontrollklage kann ein Bauleitplan Gegenstand einer gerichtlichen Inzidentprüfung sein. Sonstige Unterlagen werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen bzw. für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

6. Betroffenenrechte

Gegen den Verantwortlichen bestehen das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) sowie auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO). Des Weiteren kann Widerspruch gegen die Datenverarbeitung eingelegt werden (Art. 21 DSGVO). Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 S. 2 DSGVO).

Die vorgenannten Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten besteht ferner das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist für den Freistaat Bayern der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Wagnmüllerstraße 18, 80538 München, poststelle@datenschutz-bayern.de.